



CDU-Fraktion im Rat der  
Stadt Braunschweig

**Schlusserklärung zum Haushalt 2012  
des CDU-Ratsfraktionsvorsitzenden Klaus Wendroth  
im Rat am 28. Februar 2012**

Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushalt 2012 ist der 11. Haushalt in Folge, der die Handschrift unserer erfolgreichen und nachhaltigen **CDU**-Politik für Braunschweig trägt. Dieser Haushalt ist ein **CDU**-Haushalt, weil sich darin alle wichtigen Weichenstellungen und Schwerpunkte unserer Politik der letzten 10 Jahre wiederfinden. Er ist aber besonders deshalb ein **CDU**-Haushalt, weil er ausgeglichen ist und nach heutigem Planungsstand - trotz der Anträge von SPD und Grünen, die heute ebenfalls beschlossen werden - mittelfristig keine neuen Schulden ausweist.

Aus diesem Grund wird die **CDU** der Haushaltssatzung 2012 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2011 – 2015 sowie den Wirtschaftsplänen 2012 einschließlich Stellenübersichten

und Investitionsprogrammen 2011 – 2015 der Sonderrechnungen Hochbau und Gebäudemanagement, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft zustimmen.

Dass sich der bisherige **CDU**-Kurs solider Finanzen im Haushalt 2012 fortsetzt, zeigt, und das freut mich besonders, dass die **CDU** trotz der neuen Zusammensetzung des Rates nach der letzten Kommunalwahl als weiterhin stärkste Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig, eine durchsetzungsfähige und verlässliche Kraft ist!

Wir werden auch in Zukunft unsere Verantwortung für gesunde Finanzen, ein attraktives Braunschweig mit guter Infrastruktur und die dynamische Entwicklung unserer Stadt engagiert wahrnehmen - zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und für nachfolgende Generationen. Wir werden uns den kommenden Herausforderungen stellen, damit Braunschweig zukunfts- und wettbewerbsfähig bleibt!

Oberstes Ziel und Markenzeichen der **CDU**-Politik im Rat der Stadt Braunschweig ist und bleibt deshalb eine solide, vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik mit ausgeglichenen Haushalten ohne neue Schulden. Dafür treten wir weiterhin ein! Warum ist uns das so wichtig und warum stelle ich das hier so heraus?

Weil zum Haushalt 2012 eine Fülle von Anträgen vor liegt, die darauf abzielen, insbesondere im Sozial- und Kulturbereich Dauerförderungen anzuheben und Einrichtungen in die Dauerförderung - wieder - aufzunehmen.

Zwar werden heute nur wenige dieser Anträge beschlossen. Auch gefährden diese wenigen Anträge hoffentlich mittelfristig nicht den Haushaltsausgleich und es müssen dafür hoffentlich auch keine Schulden aufgenommen werden.

Die Fülle dieser Anträge macht mir aber perspektivisch gesehen große Sorgen, weil sie befürchten lässt, dass es in den kommenden Jahren weitere Zuschussausweitungen geben wird. Das würde zu einem erheblichen Anstieg der laufenden Ausgaben und zu einer deutlichen Einengung unserer finanziellen Spielräume führen. Wir kämen zu der dramatischen Schiefelage des Haushalts zurück, die wir bis Ende 2001 unter rot-grüner Mehrheit hatten.

Das wäre nicht nur eine fatale und völlig falsche Klientelpolitik, sondern wäre vor allem ein Richtungswechsel in der Finanzpolitik der letzten zehn Jahre und deshalb ein schlimmes Signal für zukünftige Haushalte.

Der erklärte Wille der SPD, in Braunschweig wieder eine Verbraucherberatung zu installieren und den Braunschweig Pass einzuführen, führt zu weiteren erheblichen laufenden Haushaltsbelastungen und untermauert meine Befürchtungen zusätzlich.

Die von der **CDU** mühsam erarbeiteten und heute vergleichsweise komfortablen finanziellen Spielräume dürfen nicht durch eine schleichende Ausweitung freiwilliger Ausgaben leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Wir dürfen nicht wieder in die Schuldenfalle geraten, aus der wir uns so mühsam heraus gearbeitet haben!

Wir müssen unsere finanziellen Spielräume erhalten, damit wir die notwendigen kontinuierlich anfallenden und steigenden Ausgaben, etwa für die Kinderbetreuung und Soziales, bewältigen können. Wir müssen aber auch gewappnet sein, wenn es wieder zu einer dramatischen Konjunktur- und Wirtschaftskrise kommt, wie wir sie vor wenigen Jahren erlebt haben. Gerade vor dem Hintergrund der Griechenland-Krise ist diese Befürchtung nicht völlig abwegig.

Es waren eben nicht nur äußere Einflüsse wie Konjunktur- und Steuerschwankungen oder der Anstieg der Sozialausgaben oder Mehrausgaben durch immer neue Aufgaben,

die der Gesetzgeber den Kommunen auferlegt hat, die dem Haushalt der Stadt bis Ende 2001 zu schaffen machten, wie SPD und Grüne das immer wieder behauptet haben.

Es waren damals gerade auch die laufenden freiwilligen Ausgaben, die bis Ende 2001 unter rot-grüner Mehrheit immer weiter ausufernten und den Haushalt mit ruinierten. Eine besonders schwere Hypothek war für den Haushalt natürlich der wachsende Schuldendienst. Denn damals gab es ja keinerlei Anzeichen dafür, dass SPD und Grüne Schulden abbauen würden. Im Gegenteil!

Gerade deshalb war es ja so wichtig und richtig, dass die **CDU** zusammen mit Oberbürgermeister Dr. Hoffmann ab 2002 mit der Haushaltskonsolidierung die freiwilligen Aufgaben und Leistungen auf den Prüfstand gestellt und zurückgefahren hatte. Dabei haben wir Aufgaben der Stadt kritisch hinterfragt, aber auch - gegen alle Widerstände - Zuschüsse gekürzt und gestrichen.

Damit haben wir nicht nur den freien Trägern richtigerweise einen Solidarbeitrag zur Gesundung der städtischen Finanzen abverlangt, sondern zudem deutlich gemacht, dass nicht jegliche Aktivitäten freier Träger zwangsläufig dauerhaft zu Lasten des Haushalts der Stadt bezuschusst bzw. vom Steuerzahler bezahlt werden müssen.

Dass der Kurs der **CDU** auch in diesem Punkt richtig war und ist, zeigt sich daran, dass alle von der Haushaltskonsolidierung betroffenen Einrichtungen ihre Arbeit fortsetzen konnten und keine kaputtgegangen ist, obwohl das viele prophezeit hatten. Trotz der Zeit des Sparens gab es ambitionierte und attraktive Angebote für die Bürgerinnen und Bürger Braunschweigs.

Vorrang darf deshalb nicht wieder die Ausweitung der privilegierten Dauerförderung mit erheblichen Folgebelastungen für künftige Haushalte haben, sondern die Projektförderung. Sie ist zum Einen haushaltsverträglicher und zum Anderen können mit ihr flexibler verschiedenartigste bedarfsgerechte, attraktive und innovative Projekte realisiert werden. Das schließt dauergeforderte Einrichtungen nicht aus. Die darf es aber nur in dem bestehenden Rahmen und mit einer Förderung geben, die der städtische Haushalt verkraftet.

Auch wenn mehr Geld sicherlich schöner wäre, zeigt das alles mehr als deutlich, dass es im Zuschussbereich keinerlei zwingende Handlungsnotwendigkeit gibt, zumal die **CDU** ihr damaliges versprechen, die Zuschusskürzungen zurückzunehmen, sobald es den Finanzen der Stadt besser geht, mit den letzten beiden Haushalten eingelöst hat.

Deswegen appelliere ich insbesondere an SPD und Grüne, die gute Finanzlage des Haushalts in den kommenden Jahren nicht durch die leichtfertige Festschreibung weiterer kostspieliger Dauerförderungen aufs Spiel zu setzen. Sie wissen doch selbst noch am Besten, wie extrem eingeschränkt ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten durch ihre Schuldenhaushalte waren.

Lieber wäre es mir gewesen, wenn sie der von uns beantragten Aufnahme eines Neuverschuldungsverbots in die Hauptsatzung zugestimmt hätten. Dass sie diese Selbstverpflichtung nicht eingegangen sind, bestätigt meine Sorge um die zukünftige Entwicklung unserer Finanzen und zeigt, dass sich SPD und Grüne Schuldenaufnahmen als Option offen halten wollen.

Der mit unserer strikten und konsequenten Haushaltskonsolidierung und Entschuldung eingeleitete Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik der Stadt hat gezeigt, dass die Politik vor Ort sehr wohl ihren Beitrag zur Gesundung der Finanzen leisten kann, wenn sie denn ihre Verantwortung sieht und wahrnimmt. Anders als Rot-Grün bis Ende 2001 hat die **CDU** ab 2002 ihre Verantwortung für die Finanzen dieser Stadt gesehen und erfolgreich wahrgenommen!

Wir haben den Haushalt saniert, klug privatisiert und die Schulden deutlich von rd. 469 Mio. Euro Ende 2001 auf heute 111 Mio. Euro reduziert.

Dadurch haben wir bis heute etwa 176 Mio. Euro an Zinsen eingespart. Die neuen finanziellen Spielräume haben wir in die Zukunft unserer Stadt angelegt. Denn: ein weiterer zentraler Punkt erfolgreicher **CDU**-Politik war von Anfang an, die den Haushalt mehr und mehr belastenden laufenden Ausgaben so gering wie möglich zu halten und stattdessen in die Infrastruktur und die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu investieren!

Denn nur eine gute Infrastruktur macht eine Stadt attraktiv, zieht Neubürger, Firmen, Institutionen und Einrichtungen an und stärkt die Finanzkraft! Die Erfolge die wir damit erzielt haben, dürften unbestritten sein: Braunschweigs Einwohnerzahl steigt kontinuierlich - das führt zu höheren Steuereinnahmen und steigender Nachfrage in der Stadt und zu einer Stärkung der heimischen Wirtschaft. Davon profitieren wir alle.

Wir haben in den letzten zehn Jahren **CDU**-Politik viel für Braunschweig erreicht. Die Finanzen sind saniert und Braunschweig ist ein attraktiver Standort zum Wohnen, Leben und Arbeiten geworden.

Mit dem enormen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, dem Ausbau der Ganztagschulen, der Bereitstellung attraktiver Baugrundstücke, teilweise mit Familienrabatt,



und der Abschaffung der Kindergartengebühren haben wir junge Familien in Braunschweig gehalten und sogar hierher geholt. Braunschweig ist eine familienfreundliche Stadt geworden. Wir haben viel für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan. Braunschweigs Einwohnerzahl wächst dadurch wieder.

In nie dagewesenem Umfang sanieren wir mit viel Geld unsere Schulen und bauen den Sanierungsstau ab, den es bis Ende 2001 gab. Auch die Technik-Ausstattung unserer Schulen ist beispielhaft. Mit der Überführung einiger Schulen und Kitas in ein PPP-Projekt und der Übertragung von Neubaumaßnahmen auf die Nibelungen-Wohnbau-GmbH beschreiten wir neue Wege, um zu sehen, wie diese Dinge schneller und wirtschaftlicher vorangebracht werden können. Das zeigt, dass Braunschweig eine innovative Stadt ist, die mit starken Partnern zusammenarbeitet.

Auch zu Zeiten der Haushaltskonsolidierung mussten wir, anders als viele andere Kommunen, keine öffentlichen Einrichtungen schließen. Im Gegenteil: Wir haben unsere Einrichtungen, beispielsweise mit dem Umzug der Kultur ins Schloss, der Sanierung des Städtischen Museums und der Einrichtung des Schlossmuseums sogar gestärkt. Zusammen mit den vielen Marketingmaßnahmen ist Braunschweig eine attraktive Stadt für Tourismus geworden. Auch die steigenden Übernachtungszahlen zeigen das.

Mit den Beschlüssen zum Bau des Freizeit- und Erlebnisbades und zur Modernisierung des Eintracht-Stadions haben wir wichtige Infrastruktureinrichtungen auf den Weg gebracht. Zusammen mit der Unterstützung freier Kultureinrichtungen, der Sanierung vieler Sportanlagen, dem Ausbau des Radwegenetzes, der Sanierung unserer Grünanlagen und der Anlage vieler Biotope haben wir den Freizeitwert in dieser Stadt erheblich verbessert. Braunschweig ist dadurch eine lebenswerte Stadt geworden. Dabei haben wir nicht nur viel für die Innenstadtgestaltung getan, z. B. im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des Braunschweiger Residenzschlosses. Wir haben auch die Ortsteile mit kleineren Maßnahmen aufgewertet und so die Lebens- und Wohnqualität dort verbessert.

Die Sanierung der Stadthalle und der Bau eines Spitzenhotels im Bürgerpark stärken zudem den Kongressstandort Braunschweig.

Wegen der guten Infrastruktur, den guten Rahmenbedingungen und Lebensverhältnissen, aber auch weil Braunschweig mit uns eine sichere und saubere Stadt geworden ist, ist Braunschweig nicht nur ein hervorragender Wohn-, sondern auch Wirtschaftsstandort, der in renommierten Rankings in wichtigen Kategorien vordere Plätze belegt.

Nicht umsonst hat sich um den Forschungsflughafen der in Europa einmalige Kompetenzcluster Forschungsflughafen gebildet, mit vielen Einrichtungen aus den Bereichen Verkehr, Luft- und Raumfahrt.

Die Bilanz mit den von uns beschlossenen und auf den Weg gebrachten Maßnahmen kann sich sehen lassen. Das alles hat viel gekostet. Wir haben das mit ersparten Geldern finanziert und nicht mit Geldern, die wir den Bürgern an anderer Stelle wieder aus der Tasche gezogen haben, wie beispielsweise Salzgitter, wo Kindergartengebühren abgeschafft wurden und jetzt Grund- und Gewerbesteuern um 40 Prozentpunkte angehoben werden.

Wir konnten das aber nur finanzieren, weil wir konsequent gespart und statt in laufende Ausgaben in die Infrastruktur investiert haben.

Das setzt auch für die Zukunft voraus, dass die erreichten finanziellen Spielräume nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Bekennen deshalb auch sie von der SPD und den Grünen sich zum Wohle Braunschweigs und der Menschen hier zum weiteren Schuldenabbau und zu einem schuldenfreien Braunschweig!

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die zum Haushalt 2012 unter hohem Zeitdruck eine schier unglaubliche Fülle von Anträgen, Anfragen und Prüfaufträgen zu bearbeiten hatten – und das auch bis zum heutigen Tag geschafft haben. Diese Leistung verdient Respekt!

Ich möchte mich aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Gesellschaften und des Personals für Ihre gute Arbeit in der Vergangenheit bedanken. Auch bei meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen, möchte ich mich für die zumeist faire und sachliche Zusammenarbeit in den Ratsgremien recht herzlich bedanken.

Eine Anmerkung möchte ich jedoch noch zum Rats Herrn Rosenbaum machen: Das Bild, das Sie, Herr Rosenbaum, permanent von der Verwaltung vermitteln, sie würde täuschen, betrügen und schlecht arbeiten, stimmt eben nicht. Im Gegenteil: Unter der Leitung von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann wird ordentliche Arbeit geleistet! Es stünde Ihnen gut zu Gesicht, wenn Sie das im Interesse aller Verwaltungsmitarbeiter, die Sie mit ihrer Pauschalkritik permanent angreifen, auch mal öffentlich anerkennen würden.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort!